

«Wer führt den Kanton
Zürich in die Zukunft?»

Einladung zum Podium Regierungsratswahlen 2015

Dienstag 11. November 2014,
Stadthausaal Effretikon 19.30 Uhr

Am 12. April 2015 wählen Sie die neue Regierung des Kantons Zürich. Im Hinblick darauf haben die Ortsparteien CVP, FDP, Grüne, SP und SVP diese Podiumsveranstaltung organisiert. Unter der Gesprächsleitung von **Florian Sorg**, Redaktor NZZ, stellen sich die folgenden bisherigen und neuen Kandidatinnen und Kandidaten Ihren Fragen:

Mario Fehr, Regierungsrat SP, Sicherheitsdirektor

Martin Graf, Regierungsrat GP, Justizdirektor

Silvia Steiner, Kantonsrätin CVP, Staatsanwältin

Ernst Stocker, Regierungsrat SVP, Volkswirtschaftsdirektor

Carmen Walker Späh, Kantonsrätin FDP, Rechtsanwältin

Sicherheit, Wohnungsbau, Verkehrsinfrastruktur, Justizvollzug, Steuererhöhung sowie Finanzausgleich unter den Gemeinden sind nur einige der Themen, die angesprochen werden.

Machen Sie sich ein Bild von den Politikerinnen und Politikern mit unterschiedlicher politischer Prägung, die alle für sich in Anspruch nehmen, den Kanton Zürich gut und sicher in die Zukunft zu führen.

Die CVP will wieder einen Sitz im Regierungsrat

Der Anstoss zu dieser Veranstaltung kam vom der CVP. Der Vorstand wollte unserer Regierungsratskandidatin **Silvia Steiner** eine Plattform geben. Diese wäre bei einem reinen CVP-Anlass zu schmal gewesen. Der Vorstand suchte deshalb den Kontakt zu den andern im Regierungsrat vertretenen Parteien.



So wie es im Moment aussieht, stehen die Chancen für Silvia Steiner recht gut. Ihre Kompetenz einschliesslich Führungserfahrung ist unbestritten. Weil eine Allianz von SP, Grünen und Alternativer Liste (AL) eine Mehrheit im Regierungsrat anstrebt, kann Silvia Steiner mit Stimmen aus Gewerbe- und bürgerlichen Kreisen rechnen. Diese möchten eine links-grüne Mehrheit im Regierungsrat unbedingt vermeiden und hätten Silvia Steiner trotz gewisser politischer Differenzen zweifellos lieber im Regierungsrat als Jacqueline Fehr (SP) und/oder Markus Bischoff (AL), die wesentlich andere Werte und Zielsetzungen vertreten.

Unser Mitteilungsblatt – auch frühere Nummern – finden Sie auch auf unserer Homepage www.cvp-illnau-effretikon.ch

Was ist Ihre Meinung zum Sparpaket der Stadt?

Mit einem vom Stadtrat beschlossenen Sparpaket sollen bis 2017 im Vergleich zum Voranschlag 2014 rund 1,4 Mio. Franken eingespart und so eine Steuererhöhung vermieden werden. Der Stadtrat will, dass die Massnahmen als Gesamtpaket umgesetzt werden.

SVP, FDP und BDP liessen umgehend verlauten, sie würden – allenfalls mit gewissen Vorbehalten – voll hinter dem Sparpaket stehen. Ebenso postwendend forderte die SP, statt der „zum Teil beschämenden Massnahmen“ eine Steuererhöhung von 2 bis 3 Prozent.



Auch die CVP will Steuererhöhungen möglichst vermeiden. Aber sie will die 51 vorgeschlagenen Massnahmen einzeln prüfen. Man kann doch nicht so ungleiche Massnahmen wie günstigeren Materialeinkauf, Streichung von Ergänzungsleistungen und Reduktion des GGR von 36 auf 28 Mitglieder einfach über einen Leisten schlagen.

Fraktion und Vorstand der CVP werden sich gemeinsam mit diesen Themen befassen. Wie bei allen Fraktionssitzungen sind auch hier **alle Mitglieder eingeladen**, ihre Sicht der Dinge einzubringen:

Montag, 24. November 2014, 20.15 Uhr
Sitzungszimmer Mittim,
Bahnhofstrasse 28, 1. Stock, Effretikon

Herausgeber dieser Mitteilungen:
Vorstand der CVP Illnau-Effretikon

Redaktion dieser Ausgabe: Beat Lanter

CVP Illnau-Effretikon
Wangenerstrasse 22, 8307 Effretikon
PC 84-9822-9

E-Mail: klaus.gersbach@gmx.ch
www.cvp-illnau-effretikon.ch



Kantonale Vorlagen

1. Staatsbeitrag an den Bau der Tramverbindung zum Bahnhof Hardbrücke

Die Tramlinie 8 soll auf den bestehenden Bussspuren vom Hardplatz über die Hardbrücke zum Escher-Wyss-Platz und weiter zum Werdhölzli verlängert werden. Das aufstrebende Gebiet Zürich-West (ehemals Industriequartier) mit schon jetzt ca. 30'000 Beschäftigten und dereinst bis zu 8'000 Bewohnern hat kantonale Bedeutung. Es soll für Bewohner und Pendler besser mit dem SBB-Bahnhof Hardbrücke und der Innenstadt verbunden werden. Bund und Stadt übernehmen zusammen rund 40% der Kosten, der Anteil des Kantons beträgt maximal Fr. 76,4 Mio.

Regierungsrat, Kantonsrat und CVP empfehlen: **Ja**

2. Klassengrösse an der Volksschule

A. Volksinitiative für kleinere Klassen

Die Volksinitiative verlangt, dass Klassen der Volksschule nicht mehr als 20 Schülerinnen und Schüler umfassen. Heute sind es kantonsweit auf der Kindergarten- und Sekundarstufe im Schnitt weniger als 20 und auf der Primarstufe durchschnittlich 20,7 Schülerinnen und Schülern. Im Einzelfall ergeben sich aufgrund der Jahrgangsrößen, Zuzügen während des Schuljahrs, Verteilung der Schulhäuser usw. gewisse Abweichungen. Wenn die starre Limite gemäss Volksinitiative diese Flexibilität ausschliessen würde, wären schätzungsweise 1350 zusätzliche Lehrpersonen nötig, was rund Fr. 120 Mio. kosten würde. Den grössten Teil hätten die Gemeinden zu tragen. Viele von ihnen müssten überdies zusätzlichen Schulraum bereit stellen.

Dass die Anforderungen an die Volksschule gestiegen sind, ist unbestritten. Mit verschiedenen Massnahmen wird versucht, dem Rechnung zu tragen. Die Klassengrösse ist bei weitem nicht der einzige Faktor, der die Qualität des Unterrichts und die Möglichkeiten der individuellen Förderung beeinflusst.

Regierungsrat, Kantonsrat und CVP empfehlen: **Nein**

B. Gegenvorschlag: Verringerung der durchschnittlichen Klassengrösse

Neben den Lehrerstellen, die der Kanton den Schulgemeinden zuweist, verfügt er über einen Pool von derzeit 160 Vollstellen. Daraus können den Schulgemeinden zusätzliche Stellen zugeteilt werden, wenn die Grösse einer Klasse oder deren Zusammensetzung zu Schwierigkeiten im Unterricht führen. Der Gegenvorschlag erhöht diesen Pool um zusätzliche 100 Vollstellen, damit noch besser auf Problemsituationen reagieren werden kann,

Kantonsrat und CVP empfehlen: **Ja**

C. Stichfrage: Vorlage B ankreuzen

3. Volksinitiative „Bahnhof Stadelhofen: pünktlich und zuverlässig“

Diese Volksinitiative verlangt, dass der Kanton Geld für den Bau eines vierten Gleises am Bahnhof Stadelhofen und einen zusätzlichen Tunnel nach Tiefenbrunnen bereitstellt. Der Bedarf für den Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen ist unbestritten und die Planung ist auch bereits im Gang. Aber die Finanzierung ist unbestrittenermassen alleinige Aufgabe des Bundes. Eine freiwillige Kostenübernahme kann sich der Kanton Zürich nicht leisten.

Regierungsrat, Kantonsrat und CVP empfehlen deshalb: **Nein**



Eidgenössische Vorlagen

Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Pauschalbesteuerung bedeutet, dass ausländische Staatsangehörige, die hier nicht erwerbstätig sind, statt nach Einkommen und Vermögen pauschal aufgrund ihrer Lebenshaltungskosten (mindestens das Siebenfache des Mietzinses bzw. des Eigenmietwerts) besteuert werden.

Von den nach Aufwand besteuerten Personen. leben 76% in den Kantonen Waadt, Wallis, Tessin und Genf. Dort hätte der Wegzug von pauschalbesteuerten Personen für die Kantone und einzelne Gemeinden schwerwiegende Folgen. Deshalb sollen die Kantone selbst entscheiden können, ob sie die Aufwandbesteuerung anwenden oder nicht. Der Kanton Zürich hat sie abgeschafft.

Bundesrat, Parlament und CVP empfehlen: **Nein**

Ecopop-Volksinitiative

Diese Initiative will zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen die Zuwanderung in die Schweiz pro Jahr auf 0,2% der Bevölkerung beschränken und mindestens 10% der Entwicklungshilfegelder (rund Fr. 150 Mio.) für Familienplanung in den 3.-Weltländern verwenden.

Schutz der Lebensgrundlagen in Ehren, aber die Initiative trägt dazu kaum etwas bei. Das Problem ist nicht die Zahl der Menschen, sondern ihr Verhalten. Deshalb empfehlen Bundesrat, Parlament und CVP: **Nein**

Gold-Initiative

Diese Volksinitiative verlangt, dass die Nationalbank mindestens 20% ihrer Aktiven in Gold hält. Das Gold darf nicht verkauft und muss vollständig in der Schweiz gelagert werden.

Aufgabe der Nationalbank ist es, die Wertbeständigkeit des Frankens (z.B. Euro-Untergrenze), die Preisstabilität und die Entwicklung der Wirtschaft zu sichern. Eine Zwangsjacke würde dies erschweren oder – durch das Verbot, Gold zu verkaufen – gar verunmöglichen. Es braucht gewisse Goldreserven, aber diese müssen notfalls auch eingesetzt, also verkauft werden können.

Bundesrat, Parlament und CVP empfehlen deshalb: **Nein**